

Zentralamerika: Die *Remesa*-Ökonomie offenbart ihre Schwächen

Torge Löding

Die Krise ist da. Die Ökonomien in den USA und Zentralamerika schrumpfen und erstmals seit den 1990er Jahren sinkt auch die Summe der Geldüberweisungen (*Remesas*), welche Migranten den in den Herkunftsregionen verbliebenen Familienmitgliedern aus den USA, Europa und anderen Ländern senden. Für viele Menschen in Zentralamerika bedeutet das eine Katastrophe. Die Wirtschaftskrise bietet Anlass, das häufig sehr positiv bewertete System der *Remesas* einer kritischen Revision zu unterziehen.

Analyse

Auf den ersten Blick scheint der Fluss der *Remesas* den zentralamerikanischen Ökonomien zu nutzen. Die aus politischer Not zu Zeiten der Bürgerkriege geborenen Flüchtlingsströme in den Norden haben sich zum Exportschlager Nummer eins entwickelt, und auf günstige Arbeitsmigranten aus Zentralamerika wollen auch viele US-Unternehmen nicht mehr verzichten. Die aktuelle Krise offenbart aber, dass die *Remesa*-Ökonomien keineswegs ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Griff bekommen haben. Die optimistische Debatte über den makroökonomischen Nutzen der Rücküberweisungen hat in den vergangenen Jahren sowohl die nach wie vor katastrophalen sozialen Bedingungen der Migration als auch negative wirtschaftspolitische Effekte überdeckt.

- *Remesas* haben neben kurzfristig positiven Effekten eine negative Langzeitwirkung auf die zentralamerikanischen Ökonomien.
- Viele Wirtschaftswissenschaftler kritisieren, dass in den zentralamerikanischen Volkswirtschaften mehr konsumiert als produziert wird.
- Zudem besteht eine starke Abhängigkeit von wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den Zielländern der Migration, auf welche die von *Remesas* abhängigen Herkunftsländer keinen Einfluss haben.
- Akteure der zentralamerikanischen Zivilgesellschaft sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler fordern von der Politik bei der Verteidigung der Rechte der Migranten und dem Gestalten gesellschaftlicher Alternativen eine proaktive Rolle einzunehmen.

Schlagwörter: Zentralamerika, Mexiko, USA, Migration, *Remesas*, Wirtschaftskrise

Schwierige Quellenlage

Remesas haben in den vergangenen Jahren in Zentralamerika eine zunehmend wichtige Rolle gespielt. Die Rücküberweisungen sind nicht nur bei der Deckung des Außenhandelsdefizits relevant, sie stützten auch den privaten Verbrauch, insbesondere in ländlichen Regionen. Der aktuelle Einbruch der Rücküberweisungen kommt nach den Erhebungen der Economist Intelligence Unit nicht ganz überraschend. Nachdem die *Remesas* beispielsweise in Guatemala 2006 noch um 20,6 Prozent im Vorjahresvergleich angestiegen waren, wuchsen sie 2007 nur noch um 14,4 Prozent. 2008 legten sie um lediglich 4,5 Prozent auf 4,3 Mrd. USD zu. Dennoch war die Tendenz bis Ende des dritten Quartals 2008 stets steigend. Das zentralamerikanische Institut für Sozialstudien (INCEDES) in Guatemala beziffert das prozentuale Wachstum der *Remesas* zwischen 2005 und 2008 wie folgt:

- Honduras plus 32 Prozent
- Guatemala plus 18,5 Prozent
- Costa Rica plus 16,2 Prozent
- El Salvador plus 12 Prozent
- Panama plus 9,9 Prozent
- Nicaragua plus 5,9 Prozent

Costa Rica und Panama haben dabei eine Ausnahmestelle inne, da sie in weit größerem Ausmaß Zielland der Arbeitsmigration als Herkunftsland sind.

Verlässliche Zahlen zu finden ist dabei stets eine Herausforderung. Besonders im Fall von Nicaragua unterscheiden sich beispielsweise die Zahlen von Zentralbank und internationalen Institutionen sehr. Auch Irene Palmer vom INCEDES kritisiert, dass Zahlen hinsichtlich des Umfangs der Migration, der Gesamtsumme der *Remesas* und der Pro-Kopf-Überweisung oftmals aus der Luft gegriffen erscheinen. Nicht einmal Organisationen der Vereinten Nationen legen offen, auf welche Stammdaten sie sich berufen und wenn doch, dann seien dies oftmals veraltete Daten wie solche aus dem Zensus von 2001. Der Autor dieses Beitrags bezieht sich in der Regel auf die Angaben der Economist Intelligence Unit, da er deren Arbeit für unabhängig von politischen Interessen hält.

Politische Flüchtlinge waren die ersten Migranten

In den 1990er Jahren war Guatemala mit seiner Grenze zu Mexiko vor allem Durchgangsland für die Migranten aus Honduras, El Salvador und Nicaragua auf deren Weg in die USA. In geringerer Zahl wählten bereits damals auch Bürgerkriegsflüchtlinge aus Guatemala selbst den Weg in den Norden und etablierten dort soziale Netzwerke. Ein Massenphänomen wurde die Arbeitsmigration in die USA aber erst ab 2002 als Folge der Kaffeekrise in Guatemala. Der Wirtschaftsexperte Rubén Darío Narciso vom Beratungsinstitut AsiEs in Guatemala, einem Partner der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung, bezeichnet *Remesas* als wichtigsten Wachstumsmotor für Guatemalas Volkswirtschaft. Jährlich seien die Überweisungen um 10 bis 15 Prozent gewachsen und machten nach seinen Angaben bis zu 12 Prozent des Bruttoinlandproduktes aus. Andere Ökonomen beziffern den Anteil unterdessen mit circa 10 Prozent.

Die Zahlen von INCEDES belegen dies: Von den 13 Millionen Guatemalteken erhielten im Jahr 2008 5,5 Millionen regelmäßig Überweisungen von ihren Angehörigen im Norden, 40 Prozent von ihnen sind wirtschaftlich komplett von diesen Zahlungen abhängig. Der Einbruch der *Remesas* um 7,7 Prozent im Januar 2009 und um 11,4 Prozent im Vorjahresvergleich im Februar 2009 trifft diese Familien unvorbereitet, die wenigsten haben Reserven, denn die Geldüberweisungen werden zu 90 Prozent zur Deckung der Grundbedürfnisse eingesetzt. Wenn sich der Rückgang der Überweisungen fortsetzt, wird die Armutsrate in Guatemala und den anderen *Remesa*-abhängigen Staaten in die Höhe schnellen. Noch kann sich die Regierung von Präsident Álvaro Colom hinter den Zahlen der Zentralbank verstecken: Diese schätzt, dass die *Remesas* im laufenden Jahr lediglich um 3 bis 5 Prozent im Vorjahresvergleich zurückgehen. Die Economist Intelligence Unit sagt indes einen Fall um 20 Prozent vorher.

Die Zahlen von 2007 und 2008 belegen, dass die aktuelle Weltwirtschaftskrise nicht alleiniger Grund für den Rückgang der *Remesa*-Summe sein kann. Die Arbeitsbedingungen in den USA haben sich für Arbeitsmigranten aus Zentralamerika auch unabhängig von der Wirtschaftskrise verschlechtert. Die restriktive US-Migrationspolitik als Erbe der Ära Bush spielt dabei eine wichtige Rolle. Bis zur Grenze Guatemala-Mexiko kommen die Migranten weitgehend problemlos, denn Zentralamerikaner

reisen mit dem sogenannten C4-Visum, welches den Staatsbürgern von Nicaragua, El Salvador, Honduras und Guatemala Reisefreiheit in die jeweils anderen drei Länder gewährt. Da es für die Bewohner dieser Länder aber sehr schwierig ist, ein Visum für Mexiko zu erlangen, wird der weitere Weg nach Norden ein Wagnis, welches viele mit ihrem Leben und noch mehr mit ihrer gesamten Habe bezahlen. In Kooperation mit der US-Regierung hat der mexikanische Staat durch den *Plan Sur* seit 2001 seine Südgrenze aufgerüstet mit dem Ziel, Migranten ohne gültige Papiere so früh wie möglich aufzugreifen und abzuschieben. Jährlich betrifft das etwa 200.000 Menschen, wobei viele den Grenzübergang mehrmals versuchen. Die restriktive Migrationspolitik ist im Interesse der mexikanischen Regierung, entspricht sie doch den Wünschen des geopolitischen Partners USA und dem eigenen Ansinnen, die mexikanische Migration in den Norden nicht zu gefährden.

Es gibt keine genauen Zahlen wie viele Menschen die Mexikodurchquerung jährlich mit dem Leben bezahlen. Aber es sind jedes Jahr Hunderte Tote zu beklagen und es bleiben mehr als 100 Migranten dauerhaft invalide. Sie wurden Opfer der unsicheren Transportmöglichkeiten und von Überfällen durch Banden oder marodierende Einheiten der mexikanischen Grenzschützer selbst. Gelingt den Auswanderern die Durchquerung Mexikos, endet ihr Weg zunächst an der militarisierten Nordgrenze des Landes, die mit allem erdenklichen Hightech überwacht wird. Zu den US-Grenzpatrouillen kommen noch US-amerikanische paramilitärische Gruppen, die Jagd auf Einwanderer ohne gültige Papiere machen. US-Radiosender im Grenzgebiet spielen sogar eigens gedichtete spanischsprachige Balladen, welche die Migranten von der Grenzübergang abbringen sollen.

In den USA angekommen, haben es Guatemalteken zusätzlich besonders schwer, weil es für sie keine Sonderregelungen gibt wie für Arbeitsmigranten aus anderen Staaten Zentralamerikas, denen die USA eine kontingentierte, zeitweilige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis namens *Temporary Protection Status* (TPS) gewährt. Über 200.000 Menschen ohne legalen Status kommen in den Genuss des Programms, für sie ist es von existentieller Bedeutung.

Von denen also, die es trotz alledem in die Vereinigten Staaten schaffen, überweisen zwei Drittel *Remesas* in ihre Herkunftsländer. Aus Sicht der Kritiker haben *Remesas* einen nicht zu unterschätzenden politischen Nebeneffekt. Bei INCEDES schreibt man ihnen eine „Lokomotivfunktion für neo-

liberale Politik“ zu, der Staat habe sich in den vergangenen Jahren immer weiter aus seiner sozialen Verantwortung zurückziehen können, da soziale Probleme durch das Engagement der Migranten aufgefangen werden. Während *Remesas* in Guatemala gut 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmachen, belaufen sich die Staatsausgaben für Soziales auf lediglich 6,6 Prozent, beziffert das Institut.

Auch als Waffe zur Armutsbekämpfung scheinen *Remesas* ein stumpfes Werkzeug zu sein. Jorge Campo von der guatemaltekenischen Beratungsgesellschaft PCS berichtet, dass die Geldüberweisungen im vergangenen Jahrzehnt die Armut gerade einmal um 0,67 Prozent reduziert haben. Aus seiner Sicht sind *Remesas* „kein Lockmittel für Entwicklung“. *Remesas* verlockten vor allem zu mehr Konsum und würden für Nahrungsmittel, Gesundheit und Erziehung ausgegeben. Ihn beunruhigt daran, dass die beiden Bereiche **Gesundheit und Erziehung eigentlich in staatlicher Verantwortung liegen sollten**. Sprich *Remesas* helfen dem Staat bei der Umsetzung neoliberaler, nicht sozialer Politik.

Zentralamerika hängt am Devisentropf

Dieser Effekt ist im Nachbarland Honduras noch stärker, denn die *Remesas* machen hier bis zu einem Viertel des Bruttoinlandproduktes aus. Von den 7,5 Millionen Honduranern im eigenen Land arbeiten nur 500.000 in geregelten Arbeitsverhältnissen und erhalten den Mindestlohn. Im Jahr 2008 haben Migranten ihren Familien in Honduras zwar noch fast 3 Mrd. USD überwiesen, aber bereits seit zwei Jahren ist diese Entwicklung rückläufig. Laut Economist Intelligence Unit brachen die Zahlungen in den ersten Monaten des Jahres 2009 sogar um 23 Prozent ein. Das mag unter anderem mit dem Wechselkurs zwischen US-Dollar und Lempira zu tun haben. Die Banken verdienen auch daran, dass sie die Dollars der Migranten zum Einkaufspreis annehmen und den Angehörigen zum Verkaufspreis ausgeben. Dagegen läuft das Nationale Migrationsforum unter dem Vorsitz von Edith Zavala Sturm, das 26 zivilgesellschaftliche Organisationen vertritt.

Die Sozialwissenschaftlerin Sara Elisa Rosales hat ein neueres Phänomen der Migration in den Norden unter die Lupe genommen. Es geht um Honduranerinnen, welche seit Jahren verstärkt nach Spanien migrieren und dort als sogenannte „unsichtbare Frauen“ Haushaltsarbeit verrichten. Ihr Buch *Migración, Remesas y Género* basiert auf Interviews mit diesen Frauen und stellt den Mythos von bes-

seren Arbeitsumständen in Europa als in den USA radikal in Frage. „Die Frauen leben hier genauso in Garagen oder Absteigen zusammen gepfercht wie in den Vereinigten Staaten. Sie sind entrechtet, leben im Schatten der Gesellschaft.“

Verzweiflung im Grenzland

Nach einem Plus von 2,5 Prozent im Gesamtjahr 2008 sind die *Remesa*-Zahlungen auch in El Salvador in den ersten beiden Monaten des Jahres 2009 um 8 Prozent gesunken. Dies ist eine direkte Folge der Wirtschaftskrise, denn im gleichen Zeitraum stieg die Arbeitslosenquote von Latinos in den USA von 8,9 auf 10,9 Prozent. In dieser Gruppe stellen die Salvadorianer nach den Mexikanern die zweitgrößte Gruppe. Viele von ihnen arbeiten in den besonders stark betroffenen Sektoren Bau und Dienstleistungen. Die wenigsten von ihnen haben gültige Papiere, sprich sie tauchen somit nicht in den Arbeitslosenstatistiken auf. Dennoch gibt es laut Economist Intelligence Unit keinen Hinweis darauf, dass die Migration von Salvadorianern in den vergangenen Monaten abgeebbt sei. Im Gegenteil: da das TPS-Programm im September 2008 für Salvadorianer erneut um 18 Monate verlängert wurde, besteht der Anreiz fort, zumindest zu versuchen, einen Arbeitsplatz in den USA zu finden.

In El Salvador beträgt ein Monatseinkommen auf dem Land knapp 100 USD. Angesichts steigender Lebensmittelpreise reicht dieses Geld meist nicht über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinaus. In der Stadt liegen die Kosten wesentlich höher und das Mindesteinkommen bei 166 USD. *Remesas* haben die prekäre Situation in vielen ruralen Gegenden wenig verbessert. In Grenzorten wie Cara Sucia beklagen Campesinos, dass die *Remesas*, die beispielsweise ein emigrierter Sohn aus den USA in die Heimat schicken kann, zwar helfen, den Hunger zu lindern, seine Arbeitskraft aber fehle gleichzeitig auf dem eigenen Hof und den Feldern. Die ungewisse und unsichere Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch *Remesas* zu bestreiten, hat also häufig den problematischen Nebeneffekt, dass die potenziell nachhaltigeren Existenzgrundlagen, wie ein funktionierender landwirtschaftlicher Kleinbetrieb in der Heimat vernachlässigt werden. Dies vergrößert langfristig die Armut der Daheimgebliebenen, denn darüber hinaus sinken in vielen Fällen die *Remesa*-Zahlungen aus den USA, nachdem sich die Migranten dort etabliert haben und die Verbindungen zum Heimatland schwächer werden. Unter den Armen des Landes

findet sich eine wichtige Wählerbasis für den im März gewählten linken Präsidenten Mauricio Funes. Sie hoffen auf dessen Versprechen, die soziale Lage zu verbessern.

Der Ort Cara Sucia im Westen El Salvadors ist ein *Pueblo de Paso*, sprich eine Durchgangsstation für Arbeitsmigranten auf dem Weg nach Norden. Jorge Alberto Enriques ist Pastor der lutheranischen Kirchengemeinde des Ortes. Der kleine Radiosender der Gemeinde gehört dem Lokalradio-Netzwerk ARPAS an. Dieses Kommunikationsmedium nutzen die Radiomacher, um Durchreisende über die Gefahren des vor ihnen liegenden Weges zu informieren und das Bewusstsein für die Menschenrechte zu schärfen, die ihnen als Migranten oft versagt bleiben. Dafür nutzen sie zum Beispiel die sozialkritische *Radionovela* „Pueblo de Paso“, deren Plot an das brisante Thema der undokumentierten Migration anknüpft; es geht um die Erfahrungen und Risiken, die sich damit verbinden. Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) ermöglichte die Produktion, ein costaricanisches Kommunikationszentrum führte sie aus. Die bisher zwei Staffeln der Serie werden in ganz Lateinamerika und über einige US-Radios ausgestrahlt.

Einen kritischen Blick auf die Arbeitsmigration wirft auch Jesús Aguilar, Vorsitzender der katholischen Organisation für Migrantenrechte CARECEN, die von kirchlichen Organisationen wie dem irischen Hilfswerk Tócaire gefördert wird. In der Öffentlichkeit würden *Remesas* nur als Einkommensquelle diskutiert, die dem Land eine gewisse makroökonomische Stabilität beschere. Niemand frage nach dem Blutzoll, danach wie viele Menschen den Weg nicht geschafft haben. Das sei der wahre Preis der Migration.

Die Zahlungen haben in El Salvador aber noch ganz andere Folgen. Durch die Dollarisierung der Wirtschaft ist es als Zielland für Migranten aus den Nachbarländern Honduras und Nicaragua interessant, auch wenn die Löhne sehr niedrig sind. Oscar Morales, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universidad Nacional de México, hat in seiner Heimat El Salvador den Grenzort Pasaquina in der östlichen Region La Unión untersucht, wo die *Remesa*-Empfänger zu einer neuen Schicht von Landbesitzern aufgestiegen sind. Mehr als 85 Prozent der Familien in Pasaquina empfangen *Remesas*, welche im Durchschnitt wiederum mehr als die Hälfte ihrer Einkünfte ausmachen. Wie überall in der Region nutzen sie dieses Geld zu 90 Prozent für Konsum, Lebensmittel, Gesundheit und Erziehung. Im Laufe der vergangenen 25 Jahre sind die verbliebenen

10 Prozent aber bei einigen Menschen zu beachtlichen Ersparnissen angewachsen. Viele Familien betreiben Rinderzucht, aber weil die meisten Männer im arbeitsfähigen Alter in die USA migrierten, herrscht Arbeitskräftemangel. Hier kommen die Immigranten aus Honduras und Nicaragua zum Einsatz, die als Tagelöhner zu schlechten Bedingungen arbeiten. Es entsteht eine neue soziale Spaltung, bei der die salvadorianischen Familien, die keine *Remesas* erhalten, auf der Verlierseite stehen.

Exportschlager Arbeitskraft

Migration in und aus Zentralamerika ist ein sehr altes Phänomen. Seit Langem wandern die Menschen vom Land in die Stadt, beziehungsweise in die Nachbarländer. Während der militärischen Konflikte in El Salvador und Guatemala sowie der repressiven Militärregierung in Honduras in den 1980er Jahren wuchs die Migration sprunghaft an. Obwohl die bewaffneten Auseinandersetzungen im Laufe der 1990er Jahre beendet wurden – ohne allerdings die Ursachen wirklich gelöst zu haben – hielt die Migration an. Heute sind Arbeitskräfte in den meisten zentralamerikanischen Ländern zum Exportschlager Nummer eins geworden, insbesondere seit den Verwüstungen durch Hurrikan Mitch 1998.

Dieser Wirbelsturm gilt als einer der schwersten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und fegte mit Geschwindigkeiten von mehr als 280 Stundenkilometern über Honduras, Nicaragua, El Salvador, Belize und Guatemala hinweg. Es starben mindestens 5.700 Menschen, mehr als 8.000 gelten bis heute als vermisst und über 12.000 wurden verletzt. Unzählige Felder, auf denen Kleinbauern Nahrungsmittel angebaut hatten, sind einfach weggespült worden. Auch auf den Bananen-, Kaffee- und Zuckerplantagen der Region hat der Sturm große Schäden angerichtet. In den Bananen-Anbaugebieten Guatemalas und Honduras, die einen Weltmarktanteil von 10 Prozent aufweisen, lagen die Verluste zwischen 60 und 90 Prozent, berichtete die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO. Bis heute sind nicht alle Folgen der Katastrophe behoben.

Die salvadorianische Wirtschaft ist von den Rücküberweisungen abhängig wie bei kaum einer anderen Nation. Ökonomen beziffern den Anteil der *Remesas* am Bruttoinlandsprodukt auf 17 bis 18 Prozent, einzelne sprechen gar von 24 Prozent. Den Löwenanteil davon – ungefähr 80 Prozent – geben die

Empfänger für Nahrung, Kleidung, Gesundheit und Bildung aus. Der Wirtschaftswissenschaftler Edgardo Mira vom unabhängigen Wirtschaftsforschungszentrum CEICOM in San Salvador – ein Partner der deutschen Heinrich-Böll-Stiftung – beschreibt dies als äußerst problematisch. Er attestiert ein „ungesundes Phänomen“: die Volkswirtschaften konsumieren mehr als sie produzieren. Zudem machen sie sich zu einem entscheidenden Prozentsatz vollkommen abhängig von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in einem anderen Land, auf das sie keinen Einfluss haben. Mira und andere Ökonomen wie Raúl Moreno von der staatlichen Universität bezeichnen den Effekt der *Remesas* daher als einen Teufelskreis, den es zu durchbrechen gelte.

Auch sie wissen, dass das nicht einfach ist. El Salvador verfügt kaum über eigene Industrien oder nachhaltige und bedarfsdeckende Landwirtschaft. Dies wurde im Rahmen neoliberaler Wirtschaftspolitik abgewickelt und zugunsten von Billiglohn-Zuliefererbetrieben (*Maquiladoras*) und exportorientierten Agrarmonokulturen aufgegeben. Auch der durch die *Remesas* angekurbelte Konsum hilft wenig. Von den US-Dollars, die als *Remesas* ins Land kommen, bleibt kaum etwas im Land zurück. Alleine 60 Prozent werden in Supermärkte getragen und auch vom Rest kaufen sich die Zentralamerikaner Importwaren aus den USA, Asien oder Europa. Vorschläge von Politikern, *Remesas* verstärkt in den Aufbau von eigenen Produktionsmitteln zu stecken, hält Moreno dennoch für unsinnig. Denn zunächst bliebe nach Deckung der Grundbedürfnisse ja kaum etwas übrig und dann fehle auch jegliche Politik, die eine solche Investition reizvoll machen würde.

Einen von den *Remesas* initiierten problematischen sozialen Wandel benennt die Soziologin Amparo Marroquín von der katholischen Universität UCA in El Salvador. Insbesondere in ländlichen Regionen habe sich eine neue Schicht von *Remesa*-Empfängern herausgebildet, denen es wirtschaftlich besser geht als den meisten anderen. Kern dieser neuen „Mittelschicht“ sind Rückkehrer, die sich von dem ersparten Geld ein eigenes Haus bauen konnten. Häuser, die den Gebäuden in den USA nachempfunden sind, zu erkennen häufig zum Beispiel an einem in Zentralamerika unüblichen Spitzdach, welches in den USA gegen Schneebelastungen gebaut wird. Jugendliche orientieren sich an den aus den USA importierten Verhaltensmustern und kleiden sich dementsprechend. Die ökonomischen Verhältnisse erzeugen Druck zum Kulturwandel. Denn weniger als der sehnsüchtige Blick nach

Norden ist es die fehlende Perspektive auf dem heimischen Arbeitsmarkt, die vor allem die jungen Leute an Migration denken lässt. In den USA verdient ein ungelerner Arbeiter an einem Tag so viel wie in El Salvador, Honduras, Guatemala oder Nicaragua in einer Woche oder einem Monat.

Remesas wirken entpolitisierend

Bei der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Geldüberweisungen teilt sich Nicaragua mit El Salvador den zweiten Platz – *Remesas* machen in beiden Ländern etwa 18 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus, nur in Honduras ist ihr Anteil mit 25 Prozent noch höher. Noch, denn auch in Nicaragua gehen die Zahlungen zurück, in Folge der Krise in den USA und Costa Rica, dem zweiten wichtigen Zielland für Arbeitsmigranten aus Nicaragua.

José Luis Rocha zufolge hat sich das Dreiecksverhältnis zwischen transnationalen Konzernen, Staat und Gesellschaft verändert. Während Nicaragua in den 1980er Jahren für Auslandsinvestitionen uninteressant war, hat sich das spätestens seit Ende der 1990er Jahre geändert. Großbanken übernahmen die nationalen Geldinstitute, Wal-Mart die Supermärkte und auch das nationale Kapital hat sich transnationalisiert. Nicaraguas Unternehmer sind heute vor allem Minderheitsaktionäre internationaler Großkonzerne, weshalb die Elite jetzt noch weniger als früher Möglichkeiten zur Re-Investition im eigenen Land sucht. Mehr Menschen als zuvor können sich durch den Zugriff auf US-Dollars Konsumwünsche erfüllen, um zumindest äußerlich als Vertreter der Mittelschicht zu erscheinen. In der Folge wächst der Sektors und die urbanen Zentren boomen, was beides aber nicht von industriellem Wachstum gestützt wird und daher nach Meinung Rochas nicht stabiler als ein Kartenhaus sei.

Den langfristigen Verlauf von individuellen *Remesa*-Zahlungen bezeichnet auch Rocha als „umgekehrtes U“. Ganz am Anfang kann der Migrant wenig an seine Familienmitglieder im Herkunftsland überweisen, da er zunächst hohe laufende Kosten und kaum Einkünfte hat, er muss den Schlepper bezahlen, eine Arbeit und Wohnung finden und sich im neuen Land orientieren. Dann stabilisiert sich seine Situation, er findet einen besseren Job, lernt die Sprache und überweist mehr Geld. Am Ende holt er aber entweder Familienmitglieder nach oder er distanziert sich zunehmend von der Familie, weil er eine neue im Zielland gefunden hat. Nach vielen

Jahren schrumpft die Zahlung häufig oder wird ganz eingestellt. So müssen immer mehr Menschen migrieren, um langfristig den Geldstrom aufrecht zu erhalten, denn aus dieser Sicht wird jeder Migrant im Laufe der Zeit „weniger rentabel“.

In den 1990er Jahren habe auch in Nicaragua der Staat seinen neoliberalen Rückzug aus der sozialen Verantwortung begonnen, und die entstehende *Remesa*-Wirtschaft bedeute eine systematische Verstärkung dieses Modells. In den 1980er Jahren zahlte der nicaraguanische Staat rund drei Viertel der Gesundheitsausgaben, heute ist es weniger als ein Drittel. Etwa die Hälfte der Gesundheitskosten wird mit *Remesas* bezahlt und auch in Nicaragua fließen diese zum Großteil in das private Gesundheitssystem.

Der nicaraguanische Wissenschaftler José Luis Rocha von der Jesuiten-Universität UCA in Managua nennt einen weiteren Negativ-Effekt der *Remesas*: sie trügen zur Entpolitisierung der Bevölkerung bei. So sinke zum Beispiel der Organisationsgrad der Gewerkschaften, denn die Leute denken, „bevor ich das Land ändere, wechsele ich es lieber“. Mit der Perspektive das Land zu verlassen, um die sozialen Probleme individuell zu lösen, hat sich eine ganze Generation aus dem politischen Leben verabschiedet. Dabei hat die Geschichte der *Remesas* politische Wurzeln. Besonders aus Guatemala flohen viele Menschen bereits in den 1980er Jahren vor den blutigen Bürgerkriegen, denen in der Region Hunderttausende vor allem indigene Zivilisten zum Opfer fielen, nach Mexiko und in die USA. Für Jorge Campos von der guatemaltekischen Beratungsgesellschaft PCS ist Migration ein „Produkt der sozialen Strukturen, die sich noch immer in den lateinamerikanischen Ländern finden lassen“. Die Bürgerkriege waren Folge der Armut, der sozialen Ausgrenzung, der Diskriminierung und des Rassismus in Zentralamerika. Die daraus resultierende Gewalt führte seit den 1980er Jahren zu Migration. Heute bestünden diese zugrunde liegenden Strukturen fort, mit einer Ökonomie, welche die „Verlierer des Marktes“ ausschließe und einer wirtschaftlichen Abhängigkeit von dem, was die USA oder die EU vorgeben würden. Die zentralamerikanische Politik übernehme keine Verantwortung für ihre eigene Migrantenbevölkerung. Die aktuelle Situation bezeichnet Campos als „unmenschlichen Status quo“, der allerdings im Interesse der Politik sei. Die Migranten, die auf der Strecke blieben, werden von zentralamerikanischen Politikern nicht als ihr Problem gesehen, von den *Remesas* derer, die es geschafft haben, profitierten sie aber

durch die Mehrwertsteuer und eine sozialpolitische Entlastung, da *Remesas* fehlende Sozialpolitik kompensieren oder verschleiern.

Die Anzahl der Nicaraguaner, die ihre Heimat als Arbeitsmigranten verlassen haben, ähnelt jener der anderen Länder. Marta Isabel Cranshaw vom Netzwerk der nicaraguanischen Migranten beziffert diese auf etwa eine Million. Ins Land fließen jährlich aber nicht mehr als 0,8 Mrd. USD. Also viel weniger als in den Fällen El Salvador, Honduras und Guatemala, wo es jeweils mehrere Milliarden sind. Dass die durchschnittliche Monatszahlung nach Angaben ihrer Organisation nur 175 USD beträgt, hat mehrere Gründe; zum einen sind nicaraguanische Migranten im Vergleich zu den Honduranern in den USA schlechter gestellt. Honduraner haben dort einen besseren Zugang zu einer temporären Arbeitsgenehmigung und arbeiten deshalb in besseren Jobs im Dienstleistungsbereich, während Nicaraguaner meist als Bauarbeiter tätig sind und damit nicht nur weniger verdienen, sondern heute auch stärker von der Immobilienkrise in den USA betroffen sind. Während cirka 40 Prozent der nicaraguanischen Migranten in den USA leben, wählten rund 45 Prozent das Nachbarland Costa Rica als Ziel. Die Löhne sind hier deutlich geringer als in den USA, der Mindestlohn einer Hausangestellten lag 2008 unter der 400-Dollar-Marke.

Ausblick

Obwohl die USA und die EU sich in den vergangenen Jahren zunehmend mit restriktiver Politik und brachialer Gewalt von Migranten abschotten, ist ihre Zahl auch unter dem Eindruck der gegenwärtigen Krise tendenziell nicht rückläufig. Die zunehmenden Bemühungen, Einwanderung zu verhindern, ändern nichts an der Notwendigkeit der Auswanderung. Und die Migranten finden aufgrund dieser Nöte stets neue Wege, nur immer gefährlichere und kostspieligere. Wer sich heute von einem Schleuser aus Zentralamerika in die USA bringen lassen möchte, muss geschätzte 5.000 bis 10.000 USD investieren, inklusive Lebensgefahr und Risiko des Scheiterns. Zwar schrumpft die Summe der *Remesas* seit Januar 2009, für die Daheimgebliebenen bietet das aber keinen Anlass, nicht an den „Ausweg nach Norden“ zu denken, ganz im Gegenteil.

Die grundsätzlichen Forderungen sowohl der Akteure der Zivilgesellschaft als auch von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern in Nicaragua, El Salvador, Honduras und Guatemala gleichen

sich: Migranten müssen als verantwortungsvolle Akteure wahrgenommen und respektvoll behandelt werden. Sowohl dort, wo sie arbeiten, als auch im Herkunftsland. In den Einwanderungsländern werden die Migranten als billige Arbeitskräfte benutzt und in den Auswanderungsländern vermindern ihr Gehen und ihre Rücküberweisungen sozialen und politischen Druck auf die Entscheidungsträger. Sowohl die zentralamerikanischen Regierungen als auch Institutionen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds loben die „Produktivität“ der Arbeitsmigration, setzen sich aber gleichzeitig nicht für die Menschenrechte der Migranten ein, sondern tendenziell stärker für eine weitere Illegalisierung internationaler Migration. Organisationen, die sich für die Rechte der Migranten einsetzen, erwarten von der Politik zu Recht, dass sie endlich ihrer vernachlässigten sozialen Verpflichtung nachkommt.

Der salvadorianische Wirtschaftswissenschaftler Raúl Morena hält ein grundsätzliches Umdenken für notwendig. Den Teufelskreis zu durchbrechen, ohne das Wirtschaftssystem zu ändern, sei unmöglich. Das aktuelle ökonomische System El Salvadors beschreibt er als „eine perfekt funktionierende Maschine, die einerseits Ausgrenzung und Armut produziert und auf der anderen Seite die Konzentration des Reichtums in den Händen einer kleinen Oberschicht gewährleistet“. Außerdem wäre dieses System im Sinne der US-Wirtschaft, die von der billigen Arbeitskraft profitiere. Um das zu ändern, sei eine neue soziale Kraft nötig, der es gelingen müsse, den gesellschaftlichen Reichtum auf gerechte Weise zu verteilen. Ein Regierungswechsel alleine – wie in El Salvador zugunsten des Kandidaten der linken ehemaligen Guerilla FMLN Mauricio Funes vollzogen – gewährleiste einen solchen Wandel aber nicht.

Literatur:

Economist Intelligence Unit (2009), *Monthly Country Reports*, Costa Rica, Nicaragua, Honduras, El Salvador, Guatemala und United States, April 2009, online: <www.EIU.com>.

Rosales, Sara Elisa (2008), *Migración, remesas y género. Viajeras invisibles*, Tegucigalpa: Multigráficos Flores.

■ Der Autor

Torge Löding, Kommunikationswissenschaftler, Soziologe und Politologe, arbeitet im Centro de Comunicación Voces Nuestras in San José, Costa Rica.

E-Mail: <goingcostarica@gmx.net>, <<http://www.vocesnuestras.org>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Forschungsprojekt „Strukturen und Dynamik der ‚New Intermestics‘: US-Latinos als transnationale politische Akteure in Residenz- und Herkunftsland“ untersucht Dr. Bert Hoffmann die lateinamerikanischen Migrantengemeinschaften in den USA als einen politischen Akteur. Er analysiert unter anderem die Veränderungen der politischen Strukturen in den lateinamerikanischen Herkunftsländern und in den USA aufgrund des zunehmend transnationalen Charakters der Migration.

Im Forschungsprojekt „Chinesische Migration in Nord- und Westafrika: Dynamik und Implikationen“ untersuchen Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GIGA chinesische Migration nach Afrika, die wirtschaftlichen Strukturen, welche die Migranten in den Ankunftsändern schaffen und die globalen Dynamiken dieser Migration. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Migrationsstrategien von Frauen.

Im DFG-Projekt „Subsaharische Migranten in den ‚Transitstädten‘ des Sahel: von der Überlebens- zur Erfolgslogik“ analysiert Dr. Laurence Marfaing Überlebensstrategien der westafrikanischen Migrant(inn)en in den Transitstädten des Sahara-Sahelraumes.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Giesbert, Lena (2007), *Seeking Opportunities: Migration as an Income Diversification Strategy of Households in Kakamega District in Kenya*, GIGA Working Paper Nr. 58, September.

Hoffmann, Bert (2008), *Bringing Hirschman Back In. Conceptualizing Transnational Migration as a Reconfiguration of “Exit”, “Voice”, and “Loyalty”*, GIGA Working Paper Nr. 91, Dezember.

Kohnert, Dirk (2007), *African Migration to Europe: Obscured Responsibilities and Common Misconceptions*, GIGA Working Paper Nr. 49, Mai.

Marfaing, Laurence und Wolfgang Hein (2008), *Das EU-Einwanderungsabkommen – kein Ende der illegalen Migration aus Afrika*, GIGA Focus Global, Nr. 8.



Der GIGA *Focus* ist eine Open Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative Commons-Lizenz Attribution No-Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Julia Kramer
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM